

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 215 April 2003



P.P. Uster

## Unsere Trümpfe

# Inhalt

## Antreten gegen jene, die unseren Kanton kaputt machen wollen

Wahljahr 2003: Packen wir unsere Chance

Von Dominik Schaub, Präsident SP Kanton Zürich

3

## «Ich will die bürgerliche Politik der leeren Kassen bekämpfen»

Interview mit Stefan Feldmann, Kantonsratskandidat der SP Uster

Von Dagmar Anderes

4

## «Versteckte» Rationierung heute bereits Tatsache

Von Christian Wüthrich, SP-Kantonsratskandidat

6

## Der Zugang zu Bildung darf kein Privileg von einkommensstarken Schichten sein.

Von Peter Macher, SP-Kantonsratskandidat

7

## Lebensgrundlage auf diesem Planeten auch für künftige Generationen

Von Barbara Thalmann, SP-Kantonsratskandidatin

7

## «Ich bin angefressen von der öffentlichen Sache»

Regierungsratswahlen: Portrait Markus Notter, SP-Regierungsratskandidat

Von Min Li Marti

8

## «Ich bin bereit für eine neue Herausforderung»

Regierungsratswahlen: Portrait Regine Aepli, SP-Regierungsratskandidatin

Von Min Li Marti

9

## Dies & Das

10

## Unermüdliche Kämpferin für Recht und Gerechtigkeit

FriedensrichterInnenwahlen: Wahlempfehlung für Crista. D. Weisshaupt

Von Martin Bornhauser, Stadtrat

11

## Veranstaltungskalender

12

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei  
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1  
Auflage: 16 000  
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf  
PC 80 – 13431 – 8  
Redaktion: Dagmar Anderes, Margrit Enderlin,  
Stefan Feldmann, Fredi Gut,  
Rolf Murbach,  
Layout: Fredi Gut  
Vertrieb: Stefan Feldmann  
Druck: Ropress Zürich  
Titelbild: Bildmontage F. Gut

# Editorial



**W**ahltag ist Zahltag! Das sagt zumindest der Volksmund. Ob dem so ist, wird sich am 6. April zeigen, wenn im Kanton Zürich Kantons- und Regierungsrat neu gewählt werden. Und wenn in Uster einE neuE FriedensrichterIn zu bestimmen ist.

**A**uf der Kantonsebene steht in den kommenden Jahren viel auf dem Spiel. In den vergangenen Monaten haben sich SVP und FDP zusammengefunden, mit dem Ziel diesen Staat finanziell auszubluten. Und da ist es wichtig, dass es im Kantonsrat auch Leute gibt, die da dagegenhalten können. Stefan Feldmann ist in meinen Augen so einer.

**S**tefan Feldmann hat als Gemeinderat, als Gemeinderatspräsident und als SP-Fraktionspräsident bewiesen, dass er das politische Handwerk beherrscht, dass er ideenreich und kreativ ist, dass er es schafft, auch mal für sozialdemokratische Anliegen eine Mehrheit zu organisieren. Ich weiss, dass Stefan Feldmann auch ausserhalb der eigenen Partei von vielen politisch aktiven Menschen geschätzt wird, weil er zwar in der Sache immer ein harter und wortgewaltiger Vertreter sozialdemokratischer Anliegen ist, der aber fair und verlässlich ist, auch im Umgang mit dem politischen Gegner.

**M**it Stefan Feldmann stellt sich aber auch jemand zur Wahl, der die kantonale Politik sehr gut kennt. Als Geschäftsführer der SP-Kantonsratsfraktion setzt er sich tagtäglich mit der Kantonspolitik auseinander. Er kennt die Positionen und Personen der kantonalen Politik, kennt die speziellen Spielregeln im Zürcher Rathaus. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte: Eigentlich ist er schon fast ein Bisheriger. In diesem FORUM haben Sie die Gelegenheit, aus erster Hand zu erfahren, für was sich Stefan Feldmann im Kantonsrat einsetzen will (Seite 4/5).

**D**as Interview mit Stefan Feldmann hat Dagmar Anderes geführt, welche sich mit diesem Beitrag nach beinahe fünf Jahren als FORUM-Redaktorin verabschiedet. Sie hat in Bern eine neue Stelle angetreten und ist deshalb Anfang Februar aus Uster weggezogen. Ein Wegzug, der nicht nur die SP Uster schmerzt – verliert sie doch mit Dagmar eine herrvorragende Gemeinderätin – sondern auch die FORUM-Redaktion, wo sie immer ein engagiertes Mitglied war. Wir wünschen Dagmar auf jeden Fall für die Zukunft alles Gute!

**A**ber zurück zu den Wahlen: Weiter finden Sie in diesem FORUM einen Beitrag von Christian Wüthrich, der ebenfalls für den Kantonsrat kandidiert (Seite 7), Informationen zu den RegierungsratskandidatInnen Regine Aepli und Markus Notter (Seiten 8/9) sowie eine Wahlempfehlung für Crista D. Weisshaupt (Seite 11), welche die erste FriedensrichterIn in der Stadt Uster werden könnte.

Ich gehe auf jeden Fall am 6. April wählen. Und Sie?

Margrit Enderlin

Enderlin

Wahljahr 2003: Packen wir unsere Chance

# Antreten gegen jene, die unseren Kanton kaputt machen wollen

**Die letzten Jahre haben der SP wichtige Abstimmungssiege gebracht. Auch bei den Wahlen in den Gemeinden waren wir erfolgreich. Das sind gute Vorzeichen für die beiden kommenden Wahlgänge. Gewinnen können wir diese Wahlen aber nur, wenn wir alle Kräfte einsetzen und noch einiges richtig machen. Nur so können wir jene stoppen, welche unseren Kanton finanziell ausbluten und kaputt machen.**

Von Dominik Schaub,  
Präsident SP Kanton Zürich

Der Auftakt zu einer beeindruckenden Serie von Abstimmungssiegen der SP im Kanton Zürich machte das Nein zur EKZ-Privatisierung im Juni 2001. Dieser SP-Erfolg hatte nationale Signalwirkung. Heute ist der Privatisierungsschnellzug gestoppt. Mit der Zustimmung zur 80prozentigen Ausschöpfung der Prämienverbilligung haben wir eines der wichtigsten Anliegen unserer Partei im Kanton durchgesetzt. Weitere Erfolge kamen im Januar 2002 (Luftfahrtkredite) und im letzten Herbst (Registrierte Partnerschaften, Duchgangsbahnhof Löwenstrasse). Einziger Wermutstropfen ist die Verwerfung des Volksschulgesetzes. Allerdings gab es auch an diesem Abstimmungswochenende ein Highlight: Wir brachten die Integrationskurse durch.

## Erfolgreich und flexibel

Diese Erfolge bei den kantonalen Abstimmungen werden ergänzt durch erfreuliche Zürcher Resultate bei eidgenössischen Abstimmungen. Der Kanton hat der Fristenregelung, dem UNO-Beitritt und auch der Stiftung Solidarität zugestimmt. Im Kernland der SVP setzt sich die Blocherpartei selbst bei ihren Kernthemen wie der UNO-Frage nicht mehr durch. Blocher ist – von der tristen Ausnahme «Asylinitiative» abgesehen – im eigenen Kanton nicht mehrheitsfähig. Die Erfolge an der Urne haben wir in sehr unterschiedlichen Konstellationen gewonnen. Teils sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften marschiert. Aber auch in einem Mitte-Links-Bündnis haben wir gewonnen und die Prämienverbilligung durchgebracht. Wir haben Ja-Mehrheiten geschafft und wir haben Referenden erfolgreich abgeschlossen. Wir haben uns mit dem Regierungsrat zusammen, beispielsweise

bei den Luftfahrtkrediten, oder auch gegen den Regierungsrats durchgesetzt. Wir sind hoch flexibel und deshalb erfolgreich.

## Konstruktive Politik zeigt Erfolg

Abstimmungserfolge sind das eine, Wahlen gewinnen das andere. Während die Bevölkerung der SVP zunehmend die Regierungsfähigkeit abspricht, gewinnen wir an Vertrauen beim Volk. Unsere konstruktive Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und die staatlichen Leistungen in den Vordergrund rückt, wird belohnt. Die SVP ist heute weder in Zürich noch in Winterthur in der Regierung. Bei den Gemeindewahlen im Frühling 2002 hat die SVP per Saldo 10 Sitze in den Exekutiven verloren. Wir im Gegenzug haben 13 Sitze gewonnen.

## 120 000 Stimmen für Regine

Richten wir nun den Blick auf die Kantons- und Regierungsratswahlen vom kommenden Frühjahr. Zwei wichtige Aufgaben liegen vor uns. Die Bürgerlichen haben in den letzten Jahren den Kanton Zürich systematisch finanziell ausgeblutet. Die absolute Mehrheit von SVP und FDP müssen wir deshalb knacken. Markus Notter kämpft im Regierungsrat derzeit ziemlich einsam für unsere Ziele. Verstärkung tut not. Mit Regine Aeppli haben wir jene Kandidatin, die nicht nur das Format, sondern auch die Chance zum Regierungsrat hat. Unser Wahlziel beim Regierungsrat ist deshalb klar: 120 000 Stimmen für Regine. Dann ist sie drin im Regierungsrat.

Wir schaffen diese ambitionierten Ziele, wenn wir uns treu bleiben und weiterhin konstruktiv politisieren und die Probleme aus der Sicht der Bevölkerung angehen. Die meisten Menschen wollen gute Leistungen der öffentlichen Hand. Diese sollen effizient und günstig erbracht werden. Das müssen wir durchsetzen – im Regierungsrat und im Kantonsrat, notfalls mit Referenden und Initiativen. Und die Menschen erwarten, dass unsere Gesellschaft allen eine faire Chance gibt und nicht nur demjenigen mit den größeren Ellenbogen, dickerem Portemonnaie oder breiteren Pneus am Wagen. Zu einer Siegstrategie gehört aber auch, dass wir mit unseren politischen Partnern der letzten Jahren fair umgehen. Die Grünen und die AL, die CVP und die EVP oder (teilweise) der Freisinn sind nicht unsere Gegner. Wir treten gegen die SVP an. Diese macht unsere Schweiz, unseren Kanton kaputt. Das dürfen wir nicht zulassen.



Unser Trumpf als Regierungsrat:  
Markus Notter



Unser Trumpf als Regierungsrätin:  
Regine Aeppli



Unser Trumpf für den Kantonsrat:  
Stefan Feldmann



Unser Trumpf als Friedensrichterin:  
Crista D. Weisshaupt

Kantonsratswahlen: Interview mit Stefan Feldmann, Kantonsratskandidat der SP Uster

# «Ich will die bürgerliche Politik

Am 6. April 2003 sind Kantonsratswahlen. Für die SP Bezirk Uster geht es dabei darum, den vor vier Jahren knapp verlorenen vierten Sitz zurückzugewinnen. Für diesen vierten Listenplatz haben die Delegierten der Bezirkspartei Stefan Feldmann, den Fraktionspräsidenten der Ustermer Gemeinderatsfraktion, nominiert. FORUM hat sich mit ihm über seine Motivation und seine Ziele in der kantonalen Politik unterhalten.

*FORUM: Stefan Feldmann, Du kandidierst auf einem sehr guten Listenplatz für den Kantonsrat. Ist Dir im Gemeinderat langweilig geworden, oder weshalb willst Du nun in den Kantonsrat wechseln?*

Stefan Feldmann: Nein, nein, mir gefällt es im Gemeinderat noch immer sehr gut. Sicherlich, nach sechs Jahren schleicht sich da und dort auch Routine ein, aber die Arbeit ist noch immer herausfordernd. Besonders interessant ist vor allem meine Aufgabe als Fraktionspräsident, die vor einem Jahr gewählte Fraktion zu einer Gruppe zusammenzuführen, gemeinsam mit dieser Gruppe Ideen zu entwickeln. Das ist ein spannender Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist und den ich deshalb als amtsältestes Fraktionsmitglied auch künftig weiterbegleiten möchte. Klar aber ist auch: Auf Dauer ist eine Doppelbelastung auch nicht gut, zumal wir in der SP viele gute Leute haben, die auch auf ihre Chance warten.

*Wenn die Arbeit noch immer spannend ist, weshalb dann die Kandidatur für den Kantonsrat?*

Ich bin nun seit vier Jahren Geschäftsführer der SP-Kantonsratsfraktion. In dieser Funktion erlebe ich die kantonale Politik aus nächster Nähe mit, ich kenne die aktuellen Dossiers des Kantonsrates sehr gut, weiss um die speziellen Abläufe der kantonalen Politik. Dies alles hat bei mir den «Appetit» geweckt, mich selber in der Kantonspolitik zu engagieren. Ausserdem gäbe es auch gute Synergien für meine Arbeit als Fraktionsgeschäftsführer.

*Zum Beispiel?*

Nun, ein wichtiger Teil meiner Arbeit ist die Medienarbeit. Am Montagmorgen sind während der Kantonsratssitzung praktisch alle JournalistInnen versammelt, welche sich mit der kantonalen Politik beschäftigen. Heute bin ich am



Montagmorgen nur im Rathaus, wenn wirklich gewichtige Geschäfte traktandiert sind, wie beispielsweise das Budget. Der ständige Austausch mit den JournalistInnen ist aber auch dann wichtig, wenn nicht ein bestimmtes Geschäft im Vordergrund steht. Diese Arbeit würde natürlich erleichtert, wenn ich am Montagmorgen als Kantonsrat sowieso immer anwesend wäre.

*Wofür willst Du Dich im Kantonsrat stark machen?*

Es sind vor allem drei Bereiche, welche mich interessieren. Da wäre zum einen die Verkehrspolitik. Zur Zeit haben die Strassenbau-Euphoriker wieder Rückenwind, welche noch mehr und noch breitere Strassen fordern: einen Seetunnel, einen Stadttunnel, eine äussere Nordumfahrung Zürichs, eine Südumfahrung Winterthurs, eine vierspurige Autobahn durchs Aathal usw. usf.

# der leeren Kassen bekämpfen».

Diese Politik geht in die falsche Richtung, denn mit ihr werden wir der ständig wachsenden Mobilität nicht Herr. Dies gelingt einzig mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit dichteren Fahrplänen, attraktiveren Umsteigemöglichkeiten und nicht zu letzt auch mit mehr Sicherheit in den S-Bahnen.

Ein weiterer Punkt ist für mich das Thema der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Der Kanton wälzt zunehmend Aufgaben auf die Gemeinden ab, was zu grossen Ungerechtigkeiten führt: Reiche Gemeinden können sich dann gewisse Dinge leisten – z.B. ausserschulische Betreuung oder Computerunterricht an den Schulen –, was ärmeren Gemeinden verwehrt bleibt.

*Die Bürgerlichen würden aber einwenden, dass man nicht alles zentralisieren kann und dass die Gemeindeautonomie ein wichtiger Bestandteil des schweizerischen Staates ist.*

Ich will nicht falsch verstanden werden: Ich finde Gemeindeautonomie nicht per se schlecht. Aber man sollte vor allem danach streben, eine staatliche Aufgabe dort anzusiedeln, wo sie am besten und am effizientesten wahrgenommen werden kann. Und es gibt nun mal Aufgaben, die sind beim Kanton oder auf Bezirksstufe besser aufgehoben, als bei den Gemeinden. Und wenn man die Gemeindeautonomie schon derart hochhält, dann aber bitte auch konsequent: Warum lehnen dann die Bürgerlichen im Verfassungsrat einen Vorschlag ab, dass die Gemeinden autonom entscheiden können, ob sie das Stimmrecht für AusländerInnen für Gemeinde-Angelegenheiten einführen wollen oder nicht? Hier ist dann offenbar Schluss mit der hochgelobten Gemeindeautonomie.

*Du hast von drei Politikfeldern gesprochen, welche Dich interessieren. Welches ist das Dritte?*

Eine faire Steuer- und Finanzpolitik. Die Bürgerlichen betreiben eine Politik der leeren Kassen. Damit muss Schluss sein, denn der damit verbundene Leistungsabbau trifft vor allem die Unter- und die Mittelschicht, denn die Reichen können sich diese Leistungen ja dann privat «einkaufen». Damit wir aber den sozialen Frieden – und das ist einer der wichtigsten Faktoren für einen attraktiven Wirtschaftsstandort – wahren können, müssen die finanziell Starken ihre Verantwortung im Staat wieder vermehrt wahrnehmen, und dazu gehört auch das Bezahlen

von Steuern. Zudem muss die dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen und der Schuldenabbau Priorität vor Steuersenkungen haben. Dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat in einer Situation, in welcher der Kanton Zürich wieder tiefrote Zahlen schreibt, eine Steuerfussenkung beschliesst, ist absolut unverantwortlich.

*Steuerfussenkungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist doch klassisches antizyklisches Verhalten, wie es ja teils auch die Linken fordern...*

Einspruch! Ich bin sehr für antizyklisches Verhalten, aber auch hier muss man dann konsequent sein. Die Bürgerlichen lassen völlig ausser acht, dass antizyklisches Verhalten auch heisst, die Steuern in der Konjunktur wieder zu erhöhen, damit der Staat Reserven bilden kann, so dass er eben in der Rezession die Steuern senken und die Unternehmen entlasten kann. Aber in der Konjunktur fordern dann die Bürgerlichen auch wieder Steuersenkungen, weil es dem Staat doch so gut gehe. Der Kanton Zürich hat in der vergangenen Legislatur, also in der Konjunktur, durch verschiedene Massnahmen (Teilabschaffung der Erbschaftssteuer, Steuerfussenkung, Steuergesetz-Revisionen) die Steuern bereits um mehr als 10 Steuerprozent gesenkt. Steuerfussenkungen sind kein Perpetuum mobile, man kann nicht immer nur die Steuern senken.

Zu antizyklischem Verhalten gehört weiter, dass in der Rezession die Investitionen erhöht werden. Doch genau das macht der Kanton Zürich nicht, weil er durch die Steuersenkungen keine Reserven bilden konnte und weil die Zerstrittenheit im bürgerlichen Lager dazu geführt hat, dass im Dezember kein Budget zustande gekommen ist. Der einzige Ort, wo der Kanton noch sparen kann, ist bei den Investitionen.

Wir dürfen ausserdem nicht vergessen, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich bezüglich Steuern an vierter Stelle steht. Der Kanton Zürich ist also alles andere als ein Hochsteuerland.

Und nicht zuletzt ist der Steuerfuss nur einer von vielen Standortfaktoren, aber beileibe nicht der wichtigste. Eine Untersuchung der ZKB hat gezeigt, dass für Unternehmen gutausgebildetes Personal, gute Verkehrsanbindungen, schnelle Bewilligungsverfahren, gute Bildungsangebote aber auch intakte Naherholungsgebiete wichtiger sind, als ein möglichst tiefer Steuerfuss. Aber wie sollen wir diese Qualitäten pflegen, wenn die

**Stefan Feldmann** (Listenplatz 4) ist 32 Jahre alt. Er ist Journalist BR und arbeitet als Geschäftsführer der SP-Kantonsratsfraktion. Er steht kurz vor dem Abschluss der berufsbegleitenden Ausbildung zum eidg. dipl. PR-Berater. Seit 1997 ist er Mitglied des Gemeinderates, seit 2000 Präsident der SP-Fraktion. 2000/2001 war er Präsident des Ustermer Parlamentes. Seine Freizeit verbringt er entweder sportlich – auf Inlineskates oder auf dem Rennrad – oder aber faulenzend mit einem guten Buch in der Hängematte.

Politik der leeren Kassen dafür sorgt, dass kein Geld dafür vorhanden ist? Der bürgerliche Steuerfussfetischismus schädigt den Wirtschaftsstandort Zürich am Ende mehr, als er ihm nützt.

*Ich bin ein wenig überrascht, dass Du bei Deinen Schwerpunkten den Bereich Jugendpolitik nicht genannt hast. Dabei hast Du Dich im Gemeinderat immer wieder mit Vorstössen zu diesem Thema stark gemacht.*

Ich komme halt auch langsam in die Jahre. (lacht). Nein, im Ernst: Jung sein alleine ist ja noch kein politisches Programm. Meine politischen Gemeinsamkeiten mit einem Mitglied der Jungen SVP sind vermutlich an einem relativ kleinen Ort. Aber klar: Mich stört, dass die Anliegen der Jungen auch heute noch von vielen PolitikerInnen nicht ernst genommen werden. Und es ist schade, dass sie in der Politik so krass untervertreten sind: Im Kantonsrat sind zur Zeit nur 5 von 180 Mitgliedern jünger als 35 Jahre. Da ist es selbstverständlich, dass ich mich für eine jugendfreundliche Gesellschaft einsetzen werde, dafür dass der Staat Firmen bei der Arbeitsvergabe bevorzugt, welche Ausbildungsplätze anbieten und dafür, dass die Gesellschaft die Bedürfnisse junger Menschen – und dazu gehören besonders auch junge Familien – besser aufnimmt.

Interview: Dagmar Anderes

Kantonsratswahlen: SP-Kantonsratskandidat Christian Wüthrich zur kantonalen Gesundheitspolitik

# «Versteckte» Rationierung heute bereits Tatsache

Im Zürcher Gesundheitsgesetz ist im ersten Paragraphen verankert, dass Kanton und Gemeinden die Gesundheit des Volkes zu fördern und ihre Gefährdung zu verhüten haben. Seit mehreren Jahren wird dieses Ziel durch die bürgerliche Politik in Regierungs- und Kantonsrat hintertrieben: Die finanzielle Belastung im Gesundheitswesen steigt, doch der Kanton zieht sich mehr und mehr aus der Finanzierung zurück. Eine Zweiklassen-Medizin und Pflege droht.

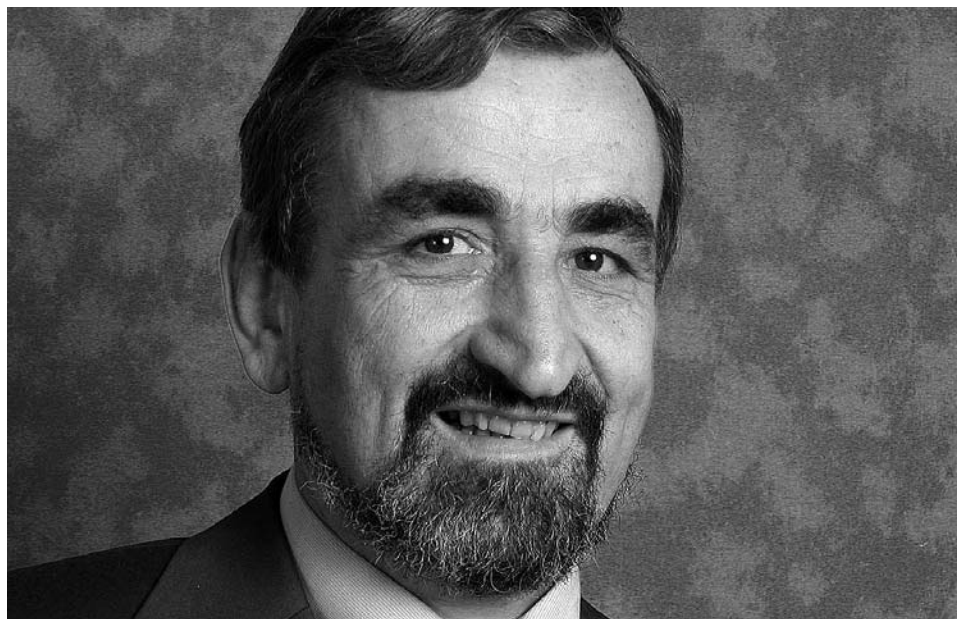
Von Christian Wüthrich

Betrachtet man die Zahlen, so zeigt sich, dass die Nettobelastung des Kantons Zürich im Gesundheitsbereich teuerungsbereinigt zwischen 1989 und 1995 um 27,7 Prozent zurückgegangen ist. Und dies trotz der grossen Steigerung bezüglich erbrachten Leistungen etwa in der Spitzenmedizin oder – bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung – im Bereich der Pflege und Betreuung in Heimen oder bei der Spitex. Trotz dieser Leistungssteigerungen zieht sich der Kanton Zürich aber aus der Finanzierung des Gesundheitswesens immer mehr zurück und belastet dadurch die privaten Haushalte, deren Krankenkassenprämien immer weiter steigen. Auch ist die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament nicht bereit, die unteren und mittleren Einkommen mit der vollen Ausschöpfung der Prämienverbilligungs-Gelder zu entlasten.

## Teure Medikamente nur noch für Reiche

Durch diese Politik wird der Entwicklung einer faktisch schon bestehenden Zweiklassenmedizin

**Christian Wüthrich** (Listenplatz 9) ist 49 Jahre alt und ausgebildeter Krankenpfleger AKP. Er leitet den Pflegedienst eines Alters- und Pflegeheimes in der Stadt Zürich. Seit 1998 gehört er dem Gemeinderat Uster an, zuvor war er Mitglied der Gesundheitsbehörde. Zur Zeit ist er 1. Vizepräsident des Ustermer Gemeinderates und Vizepräsident der Kommission für Soziales und Gesundheit.



und Pflege weiter Vorschub geleistet. Anders ist die Ende der 90er Jahre aufgekommene Rationierungsdiskussion nicht zu verstehen. Und bei der Diskussion ist es nicht geblieben: Bereits heute findet eine «versteckte» Rationierung statt. Teure Medikamente mit weniger Nebenwirkungen werden nur noch bei Privatversicherten eingesetzt, welche auch einen schnelleren Zugang zu chirurgisch notwendigen Eingriffen oder zu medizinisch aufwendigen Untersuchungen mit der dazu gehörenden Pflege haben. Diese «versteckte» aber vorhandene Rationierung muss politisch auch unter ethischen Aspekten thematisiert werden, denn durch sie wird das Gesundheitsgesetz auf krasse Weise verletzt. Sie verletzt das Recht der Menschen im Kanton Zürich auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischen und pflegerischen Leistungen. Zu erwähnen, dass dabei vor allem das Recht der Bevölkerungsschichten mit unteren und mittleren Einkommen verletzt wird, ist beinahe schon überflüssig...

## Entsolidarisierung stoppen

Damit diese Politik der Zweiklassen-Medizin und Pflege nicht weitergeht, braucht es einen – auch in finanzieller Hinsicht – starken Kanton Zürich, welcher seine Führungsverantwortung im Gesundheitsbereich wahrnimmt. Hierzu muss das finanzielle Anreizsystem im Gesundheitswesen verändert werden. Ich meine, dass der Kanton als Spitalträger und -planer darauf verzichten

sollte, Anreize zur Versorgung von privatversicherten PatientInnen in seinen Institutionen zu schaffen. Der Auftrag des Kantons sollte sich auf eine optimale Grundversorgung Aller beschränken und den gewinnorientierten Kliniken und Institutionen den Privatversicherungsbereich überlassen. Weiter muss der Kanton Zürich alles daran setzen, dass im «kranken» Gesundheitswesen die Entsolidarisierung nicht weiter geht.

## Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Im Kantonsrat würde ich mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass eine qualitativ gute pflegerische und medizinische Versorgung für alle gewährleistet ist. Der Aus- und Weiterbildung des Gesundheitspersonals ist dabei besondere Beachtung zu schenken. Weiter würde ich mich dafür einsetzen, dass keine versteckte oder offene Rationierung erfolgt, dass die Krankenkassenprämien-Verbilligung zu 100 Prozent ausgeschöpft wird.

Die SP-Initiative, welche im Mai auf Bundesebene zur Abstimmung gelangt, trägt den Titel «Gesundheit muss bezahlbar bleiben». Dieses Motto hat auch auf der kantonalen Ebene seine Gültigkeit, dafür steht auch das Zürcher Gesundheitsgesetz. Dass ihm auch wirklich nachgelebt wird, dafür setze ich mich ein. Ich meine damit auch die Zugänglichkeit der Leistungen für Alle.

## Zugang zu Bildung darf kein Privileg sein



Der Zugang zu Bildung darf kein Privileg von einkommensstarken Schichten sein. Deshalb steht ein starkes öffentliches Bildungswesen im Zentrum meines politischen Engagements. Es muss allen

Kindern möglich sein, die beste und ihnen angemessene Förderung zu erhalten. Oder anders ausgedrückt: Es müssen die Besten und nicht die Reichsten gefördert werden. Nur so bleibt der Standort Zürich für Unternehmen attraktiv.

Die aktuelle Situation in der Wirtschaft zeigt für mich, dass die Selbstkontrolle der Wirtschaft nicht genügt. Eine ethisch saubere Wirtschaft liegt aber in unser aller Interesse. Der Kanton Zürich muss im Bereich der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität einen Schwerpunkt setzen. Kriminelles Verhalten muss wie andere Kriminalität auch wirklich spürbare Sanktionen nach sich ziehen, Wirtschaftskriminalität ist kein Gentleman-Delikt. Und im Management der Konzerne muss wieder Vernunft einziehen, es hat dort keinen Platz für Abzocker.

Keine Abzockerei darf es auch in punkto Steuern geben: Die finanziell Starken müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und dazu gehört auch das Zahlen von Steuern. Und wem es gut geht, der soll auch mehr für die Gesellschaft beitragen. Dass Steuererleichterungen für Besserverdienende die Wirtschaft fördern, ist Unsinn, sie fördern höchstens den Spielraum für Spekulationen...

Und schliesslich will ich mich dafür einsetzen, dass in der Verkehrspolitik der öffentliche Verkehr bevorzugt wird. Unnötiger Verkehr muss verhindert werden und ich bin davon überzeugt, dass dies nur über eine entsprechende Lenkungsabgabe möglich ist. Mir ist dabei völlig klar, dass dies nicht in allen Bevölkerungsschichten populär ist, nötig ist sie dennoch.

**Peter Macher** (Listenplatz 15) ist 50 Jahre alt, verheiratet und Vater eines fünfjährigen Sohnes. Er arbeitet als Informatiker. Politisch hat er sich während acht Jahren in der Oberstufenschulpflege Uster engagiert und während vielen Jahren die Kasse der SP Uster geführt. Die Freizeit verbringt er vor allem mit seinem Sohn oder auf Reisen.

## Gleichgewicht zwischen Ressourcen, Natur und menschlichen Bedürfnissen



Spätestens seit der Aufnahme der Nachhaltigkeit in die Bundesverfassung im April 1999 ist der Begriff zu einem Schlagwort geworden, dass oft und gerne verwendet wird. Eine nachhaltige Entwicklung soll

sicherstellen, dass auch künftige Generationen auf diesem Planeten eine Lebensgrundlage finden. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen Ressourcen, Natur und menschlichen Bedürfnissen. Damit kommt der kantonalen Raumplanung bei der Umsetzung eine bedeutende Rolle zu. Die Siedlungsflächen haben in den letzten zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Mein Ziel ist es, diesen Trend nicht quantitativ weiterzuführen. Bauliche Entwicklungen sollen gegen innen, in verdichteter Bauweise erfolgen. Möglichkeiten dazu sehe ich in der Umnutzung von Flugplätzen oder Industrie- und Kasernenarealen, deren Strukturveränderungen immer wieder neue Chancen bieten.

Wenn es um den Bau neuer Strassen geht, soll der gleiche Grundsatz gelten; keinen zusätzlichen Verschleiss von Landschaftsflächen. Eine neue Strassenführung geht demzufolge einher mit der Abklassierung oder Aufhebung eines anderen Strassenstücks. Das Mobilitätsproblem wird mit immer neuen Kanälen nicht gelöst – im Gegenteil. Ich möchte die Anstrengungen viel mehr auf die Aufwertung oder «Renaturierung» von Strassenräumen legen, denn auch Strassen sind Lebensräume.

Entscheidend zur Lebensqualität beitragen kann in meinen Augen ein räumliches Konzept, bei dem Wohnen, Arbeiten, sich Erholen, Einkaufen etc. nahe beieinander liegen. Zeit und Energie danken es uns. Es gilt, die urbane Agglomeration attraktiv zu gestalten, sie mit Naherholungszonen zu durchsetzen, Flächen erlebbar zu machen, die bis anhin Brachland waren oder störend wirkten.

**Barbara Thalmann** (Listenplatz 16) ist 36 Jahre alt, selbständige Architektin und Mutter von vier Kindern. Seit 1998 gehört sie dem Gemeinderat an und ist Delegierte in der Planungsgruppe Zürcher Oberland. Die Freizeit verbringt sie gerne mit Bewegung in der Natur, mit Kultur, Kunst und Architektur.

## Die Liste der SP Bezirk Uster Liste 2

1. **Dorothee Jaun**  
Rechtsanwältin, Fällanden (bisher)  

2. **Ruth Gurny**  
Soziologin/Dozentin, Maur (bisher)  

3. **Peter Anderegg**  
Maschineningenieur, Dübendorf (bisher)  

4. **Stefan Feldmann**  
Journalist BR/Fraktionsgeschäftsführer, Uster  

5. **Barbara Bussmann**  
Krankenschwester, Volketswil
6. **Andrea Kennel**  
Informatikerin, Dübendorf
7. **Anneliese Schnoz**  
Sozialarbeiterin, Fällanden
8. **Gertraud Dudler**  
Familienfrau, Greifensee
9. **Christian Wüthrich**  
Krankenpfleger, Uster  

10. **Andreas Locher**  
Primarlehrer, Volketswil
11. **Oliver Haller**  
Landwirt/Behindertenbetreuer, Egg
12. **Simone Uebewasser**  
Anglistikstudentin, Maur
13. **Sonja Wegmann**  
Anwaltssekretärin, Egg
14. **Markus Lenzin**  
Schulleiter, Greifensee
15. **Peter Macher**  
Informatiker, Uster  

16. **Barbara Thalmann**  
Architektin, Uster  


Regierungswahlen: Portrait Markus Notter, SP-Regierungsratskandidat

# «Ich bin angefressen von der öffentlichen Sache»

**Markus Notter ist ein Senkrechstarter. Als 22jähriger wurde er Präsident der SP Dietikon und schaffte den Sprung in den Dietiker Gemeinderat. Bald wurde er auch in den Kantonsrat gewählt. 1990 war die Überraschung perfekt: Markus Notter wurde Stadtpräsident von Dietikon. Damals war er gerade erst Dreissig. 1996 wurde er als Nachfolger von Moritz Leuenberger in den Zürcher Regierungsrat gewählt.**

Von Min Li Marti

Markus Notter gilt als Architekt des Lastenausgleichs zwischen Stadt und Kanton Zürich. Mit Leib und Seele widmet sich der Staatsrechtler Markus Notter der Totalrevision der Kantonsverfassung, die das Fundament des Zürcher Staatswesens nachhaltig erneuern soll. Auch die erleichterte Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation, die Reorganisation des Strafvollzugs mit neuen differenzierten Instrumenten zur Resozialisierung, die Neugestaltung des Verhältnisses Kirche und Staat und das Leitbild Kulturförderung gehen auf sein Konto. «Ich möchte diese Arbeit fortsetzen. Dazu verfüge ich einerseits über zunehmende Erfahrung aber auch über ungestillte Neugier am Neugestalten und Verändern.»



## «Regieren ist eine kreative Tätigkeit»

Neugier, Phantasie und Gestaltungswille sind die bestimmenden Antriebskräfte von Markus Notter. Diese Eigenschaften paaren sich mit Seriosität, «Common Sense» und juristischem Sachverstand. Darum ist der Vollblutpolitiker auch lei-

denschaftlicher Jurist. Der Regierungsrat versteht sich nicht etwa als spitzfindiger Rechtsgelehrter, sondern als politischer Handwerker, der über das notwendige juristische Rüstzeug verfügt und seine Instrumente im Interesse einer sozial aufgeschlossenen, gerechten Gesellschaft einzusetzen weiss. Markus Notter ist mit grosser Lust und Leidenschaft Regierungsrat. «Es ist eine kreative vielseitige Tätigkeit. Sie fordert mich mit allen Schwächen und Stärken. Es ist mehr als ein Job. Politik als Beruf muss immer auch etwas Berufung sein.»

Privat und sozusagen amtlich ist der Kulturminister sehr dem Schönen zugezogen. Ob Oper oder Theater, was auf Zürichs Bühnen läuft, geniesst er gerne, aber nicht nur als Premierengast. Am

Rande der prall gefüllten Politagenda sichert er sich so sein Stück eigenständiger Freizeitgestaltung für sich und seine Lebenspartnerin. Mit ihr wohnt er weiterhin dort, wo er politisch gross geworden ist, im Grenzgebiet zwischen Stadt und Land, in Dietikon.

## Das Kurz-Interview

### Warum willst Du nochmal in die Regierung?

Ich bin seit 1996 Regierungsrat. In dieser Zeit habe ich verschiedene politische Bereiche nach meinen Vorstellungen mitgestalten können. Ich denke an den Lastenausgleich für die Stadt Zürich, die erleichterte Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation, die Reorganisation des Strafvollzugs mit neuen, differenzierteren Instrumenten der Resozialisierung, die Reorganisation der Strafverfolgungsbehörden mit einer grundlegenden Revision der Strafprozessordnung, die Neugestaltung des Verhältnisses Kirche-Staat, den Neuerlass eines Gesetzes über die politischen Rechte oder das Leitbild Kulturförderung. Einiges davon wird im Parlament noch beraten. Ich möchte diese Arbeit fortsetzen. Dazu verfüge ich einerseits über zunehmende Erfahrung aber auch über ungestillte Neugier am Neugestalten und Verändern.

### Was sind die wichtigsten Aufgaben der SP in den nächsten Jahren?

Die SP muss für die Interessen der Gemeinschaft eintreten, für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Mieterinnen und Mieter. Sie muss ein Gegengewicht sein zu wirtschaftlicher und ökologischer Rücksichtslosigkeit, ein Gegengewicht zum Egoismus, der zum Prinzip erklärt wurde und ein Gegengewicht zur Selbstbedienungsmentalität jener, denen Sozialpolitik, Gerechtigkeit und Solidarität zu Schimpfworten geworden sind.

### Welche beiden Probleme/Themen/Anliegen sind für Dich im Regierungsrat prioritär?

Wir müssen eine vernünftige Finanz- und Steuerpolitik betreiben. Die Kahlschlagforderungen aus dem Kantonsrat wären für unseren Kanton verheerend. Die kantonale Politik muss zudem vermehrt Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen entwickeln, ohne immer auf die anderen (den Bund, die Nachbarkantone oder wer auch immer) zu warten. Die Stärke eines föderalistischen Staates liegt in der Möglichkeit, auf unterer Ebene Neues rascher zu entwickeln und zu erproben. Das gilt für die Familienpolitik ebenso wie für Fragen des Schutzes der Privatsphäre oder der neuen Armut.



Regierungswahlen: Portrait Regine Aepli, SP-Regierungsratskandidatin

# «Ich bin bereit für eine neue Herausforderung»

**Wahrscheinlich war es eine der schwierigsten Entscheidungen in ihrem Leben. Es hätte sie gereizt. Entscheidungen zu fällen, Politik konkret umzusetzen, Verantwortung zu übernehmen. Die SP wollte 1999 mit der profilierten Nationalrätin einen zweiten Sitz im Regierungsrat erobern – die Chancen standen gut. Sie hatte es sich lange überlegt, und dann verzichtet. Weil ihre Kinder «die Zuwendung beider Elternteile brauchen».**

Von Min Li Marti

Sie wurde angefeindet in den eigenen Reihen, es war keine einfache Zeit. Doch ihr Entscheid stiess auch auf Verständnis. Die Unternehmerin Monique Siegel nannte Aeplis Entscheid damals «etwas vom Wunderbarsten», das sie in den letzten zwanzig Jahren gehört hatte.

## «Gerechtigkeit ist meine Leidenschaft»

Regine Aepli ist behütet aufgewachsen in einer bürgerlichen Familie in Uerikon bei Stäfa. Ihr Vater war Kantonschullehrer und FDP-Gemeindepräsident. Den Mut fürs Unbequeme hatte sie schon früh. Im Austauschjahr in den Vereinigten Staaten wurde sie politisiert. Ihre Gasteltern verboten ihr damals ein Rendez-Vous mit einem Schwarzen. Regine Aepli wehrte sich – und wurde von ihren Gasteltern vor die Türe gesetzt.

Ihre politische Karriere ist beeindruckend. 1987 wurde sie in den Kantonsrat gewählt, seit 1995 ist sie im Nationalrat. Als Präsidentin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH kämpft sie gegen Armut und gegen die sich öffnende Schere zwischen Reich und Arm. Sie setzt sich ein für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Regine Aepli gilt als Expertin für Migrationsfragen. Als Co-Präsidentin der Agentur für

erneuerbare Energien steht sie für eine moderne Energiepolitik ein.

## «Qualität setzt sich durch»

Vor allem aber ist Regine Aepli eine Politikerin, die auf die Überzeugungskraft des besseren Arguments setzt. Keine Ränkeschmiedin, keine Taktiererin, keine rücksichtslose Ellböglarin: «Ich schaue nicht jeden Tag in den Spiegel und denke: so schaut eine Bundesrätin aus.» Sie ist Demokratin: «Ich will nämlich partout nicht einsehen, weshalb so viele Menschen der Politik den Rücken kehren und auf die Ausübung ihrer politischen Rechte und Einflussmöglichkeiten verzichten. Ich finde Politik spannend.» Demo-



kratie ist für sie Mitbestimmung und Demokratie verlangt Mitwirkung. «Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass Rechtsstaat und Demokratie die wichtigsten Grundlagen für eine gerechte, soziale, freie und entwicklungsfähige Gesellschaft sind.» Und dafür will sie – an der Seite von Markus Notter – kämpfen. Jetzt ist sie bereit.

## Das Kurz-Interview

### Warum willst Du in die Regierung?

Ich bin bereit für eine neue Herausforderung und kann mein Wissen und meine politischen Erfahrungen einbringen. Die SP verdient einen zweiten Sitz in der Zürcher Regierung und Markus Notter soll Verstärkung bekommen.

### Was sind die wichtigsten Aufgaben der SP in den nächsten Jahren?

Die SP muss zeigen, dass der Staat viele lebenswichtige Leistungen erbringt, die von nichts und niemandem so effizient, so günstig und so wirksam erbracht werden können. Es muss der SP gelingen, den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Kantons plausibel zu machen, dass es nötig ist Steuern zu bezahlen und dass es sich auch lohnt. Die SP muss dafür besorgt sein, dass niemand in Armut leben oder aufwachsen muss und dass Rechte auch von den Schwächeren durchgesetzt werden können.

Die SP muss zeigen, dass Andersdenkende der Lebenssaft der Demokratie sind und dass Offenheit gegenüber Neuem belebt und stärkt, Mythenbildung und Rückwärtsge wandtheit aber ins Abseits führen.

### Was willst Du in der Regierung erreichen?

Ich will, dass im Kanton Zürich jedes Kind und jeder Jugendliche eine Zukunftsperspektive hat und diese auch spürt. Mir ist wichtig, dass im Kanton Zürich Lebensqualität nicht nur über die Höhe des Einkommens definiert wird, sondern dass die Qualität der Umwelt, die Anliegen der Natur und das «geistige Klima» ebenso ernst genommen und berücksichtigt werden. An der Umsetzung dieser Ziele muss in allen Direktionen und gemeinsam gearbeitet werden.

### Welche beiden Probleme/Themen/Anliegen sind für Dich im Regierungsrat prioritär?

Dass der Raubzug auf die Staatskasse verhindert wird. Dass der Kanton die Bedeutung der zentralörtlichen Leistungen der Stadt Zürich anerkennt und honoriert.

Dies und das

# Wechsel im Gemeinderat

Marc Meyer für Dagmar Anderes



Ein Jahr nach den letzten Wahlen kam es in der SP-Gemeinderatsfraktion Ende Januar zum ersten Wechsel: **SP-Gemeinderätin Dagmar Anderes** hat auf Ende Jahr aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt aus dem Ustermer Parlament eingereicht. Die Gründe für ihren Rücktritt liegt im beruflichen Bereich: Sie wechselt

aus der Kommunikationsabteilung der Zellweger-Luwa zur Gebäudeversicherung des Kantons Bern, wo sie ab Februar die Leitung der Kommunikation der öffentlich-rechtlichen Anstalt übernimmt. Verbunden damit ist ein Umzug nach Bern. Dagmar Anderes gehörte dem Gemeinderat seit den Wahlen von 1998 an. Während vier Jahren gehörte sie der Geschäftsprüfungskommission an, seit letztem Jahr präsidierte sie die Kommission für Bildung und Kultur. Neben Bildungsfragen standen für die ehemalige Primarlehrerin Fragen von Ökologie und Ökonomie im Zentrum ihrer politischen Tätigkeit. So war sie unter anderem auch Mitglied des Vorstandes des Wirtschaftsforums Uster. Mit Dagmar Anderes verliert auch das

FORUM ein Mitglied seines Redaktionsteams, welchem sie seit 1998 angehört hatte. Die SP-Gemeinderatsfraktion, die SP Uster und FORUM bedauern den Wegzug von Dagmar Anderes sehr und danken ihr für ihre grossen Einsatz im Gemeinderat und in der Partei. Für die berufliche, private aber auch politische Zukunft wünschen sie Dagmar Anderes alles Gute.

Die Nachfolge von Dagmar Anderes im Gemeinderat hat inzwischen **Marc Meyer** angetreten. Er ist 40 Jahre alt, wohnt im Ustermer Zentrum, ist Architekt HTL und unterrichtet als Dozent junge Berufskollegen. Seit 1999 ist er Präsident des Vereins Freizeit- und Jugendhaus Uster, und hat den Neustart des Frjz als Ort der Begegnung entscheidend mitgeprägt.

## /// Wir wählen die S-Bahn, die fährt auch links. Und für den Kantonsrat die Liste 2.

Die Strasseneuphoriker im Bezirk und im Kanton haben wieder Oberwasser. Sie fordern eine vierspurige Oberlandautobahn zwischen Uster und Hinwil durch schönstes Naherholungsgebiet, sie fordern eine Südumfahrung von Winterthur, eine zweite Nordumfahrung von Zürich, einen Seetunnel usw. usf.

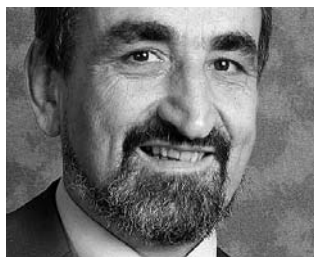
Diese Politik geht in die falsche Richtung!

Was wir brauchen in diesem Bezirk und im Kanton ist ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs, dichtere Fahrpläne, attraktivere Umsteigemöglichkeiten, mehr Sicherheit in den S-Bahnen. Und wir brauchen Tempo 30 flächendeckend in den Wohnquartieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

Denn Strassenraum ist auch Lebensraum.



Stefan Feldmann  
Uster, Gemeinderat



Christian Wüthrich  
Uster, Gemeinderat



Barbara Thalmann  
Uster, Gemeinderätin



Peter Macher  
Riedikon

Regine Aeppli und Markus Notter in den Regierungsrat. Liste 2 – eine Stimme für Sie.



FriedensrichterInnenwahlen: Wahlempfehlung für Crista D. Weisshaupt

# Unermüdliche Kämpferin für Recht und Gerechtigkeit



**Am 6. April 2003 wählen die Stimmberechtigten von Uster eine neue Friedensrichterin, einen neuen Friedensrichter. Mit Crista D. Weisshaupt stellt die SP Uster eine Kandidatin zur Wahl, welche das Feld der übrigen Kandidaten dank breiter Allgemeinbildung, langjähriger Berufserfahrung und grosser Lebenserfahrung überragt.**

Von Martin Bornhauser, Stadtrat

Die Friedensrichterin ist Sühnebeamtin und – im Rahmen der Zuständigkeitsvorschriften – urteilende Richterin. Sie ist ausserdem ordentliche Ersatzrichterin des Bezirksgerichts. Als Sühnebeamtin hat sie die Ausführungen der Parteien gewissenhaft zu prüfen und von der Erhebung offenbar unbegründeter Klagen und haltlosen Bestreitungen abzuraten. Sie muss versuchen die Parteien auszusöhnen und eine gütliche Friedenslösung zu erzielen. Weil bei einem Rechtsstreit nicht bloss Zeit und Geld auf dem Spiel stehen, sondern oftmals ideelle Güter, ist es unter Umständen besser, «Recht dem Frieden» als

«Frieden dem Recht» zu opfern. Diese Aufgabe erfordert eine hohe Bereitschaft zum Zuhören, Verhandlungsgeschick, die Fähigkeit, einen Sachverhalt rasch zu erfassen und juristisch einzuordnen sowie die Gabe, Verknüpfungen von Emotionen und Fakten zu erkennen und aufzutrennen. Und diese Fähigkeiten bringt Crista D. Weisshaupt in hohem Masse mit, wie ich mehrfach erleben durfte, insbesondere in der engen Zusammenarbeit in der Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates.

## Verständnis aufbringen

Besondere Anforderungen stellt das Sühnverfahren in Ehesachen. Die Friedensrichterin muss Verständnis für die Schwierigkeiten der Parteien aufbringen. Durch Zuhören und lenkende Fragen soll sie sich ein Bild der Verhältnisse machen. Über die bestehenden Einrichtungen der Eheberatung, der Mediation, der Psychiatrie und Medizin, sowie der Jugend- und Sozialhilfe soll sie ebenso Bescheid wissen, wie über die Möglichkeit von einzelrichterlichen Eheschutzmassnahmen. Gerade in diesem subtilen Bereich des

**Crista D. Weisshaupt** (Jahrgang 1954) ist Mutter von drei erwachsenen Kindern. Sie besuchte die Handelsschule in Zürich und war anschliessend in verschiedenen Unternehmen tätig, zumeist in leitender Stellung. Unter anderem führte sie während 10 Jahren die Ustermer Geschäftsstelle einer Krankenkasse. Heute arbeitet sie als Assistentin mit speziellen Fachaufgaben einer bekannten Personal- und Unternehmensberatungsfirma in Zürich.

**Crista D. Weisshaupt** engagierte sich viele Jahre im Tagesschulverein Uster, war Gründungsmitglied der WOGENO Uster, hat während fünf Jahren die VPOD-Sektion Uster geleitet und gehört seit einigen Jahren dem Vorstand, dem Leitenden Ausschuss und dem Stiftungsrat der Rheumaliga des Kantons Zürich an.

**Crista D. Weisshaupt** war von 1990 bis 1994 Mitglied des Gemeinderates Uster, von 1991 bis 1999 zudem Mitglied des Kantonsrates. Dort war sie in diversen Kommissionen aktiv, unter anderem auch in der Geschäftsprüfungskommission. Seit 2000 gehört sie dem Vorstand der SP Uster an, seit 2001 dessen Geschäftsleitung.

Sühnverfahrens wird Crista D. Weisshaupt als Person und Frau vieles einbringen können.

Die Erledigung der mannigfachen administrativen Arbeiten, welche dieses Amt mit sich bringt, wird Crista D. Weisshaupt keine Schwierigkeiten verursachen. Sie ist sich gewohnt, die anfallenden Arbeiten speditiv und präzise zu erledigen.

## Zeit für eine Frau

Ich habe Crista D. Weisshaupt dort als uner müdliche Kämpferin für Recht und Gerechtigkeit kennen gelernt, wo sie Parteistellung hatte oder Überzeugungen und Interessen vertrat. Als Friedensrichterin ist sie nicht mehr Partei und wird ihr Potential und ihr Engagement schlichtend einzusetzen wissen; als Vermittlerin auf der Suche nach pragmatischen Friedenslösungen. Ihre Fähigkeiten werden ihr helfen das Amt der Friedensrichterin erfolgreich und ganz im Interesse der Gemeinschaft und der Stadt Uster auszuüben. Unnötig zu erwähnen, dass es Zeit ist, das Amt des Friedensrichter, der Friedensrichterin erstmals einer Frau zu übertragen.

# Veranstaltungskalender

**FORUM-TIP**

## 16.03. STILLE LIEBE

Christoph Schaub CH 2001, D 90'  
Um ihre Arbeit in einem Obdachlosenheim zu leisten, muss die gehörlose Nonne Antonia (27) täglich mit dem Zug vom Kloster in die Stadt fahren. Sie trifft auf Mikas (30) ...  
18.30 / 21 h im Kino Qtopia

## 23.03. BOWLING FOR COLUMBINE

Michael Moore, USA 2002, E d/f 120'  
Die weltweit höchste Todesrate und die ungebrochene Sturheit, mit der seine Landsleute auf dem Recht auf Waffenbesitz beharren, lässt Moore eine Menge Fragen stellen. Dabei interessiert ihn nicht nur der freie Verkauf von Waffen, sondern auch die Rolle der Medien und der Politiker.



Moore's Gespür für Satire und seine Hartnäckigkeit, die Mächtigen mit der hässlichen Wahrheit zu konfrontieren, machen BOWLING FOR COLUMBINE zu einem echten Erlebnis. Ein brillantes und faszinierendes Stück Zeitgeschichte brennender Aktualität, das sehr provokante Antworten auf nicht einfache Fragen liefert.

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

**FORUM-TIP**

## 27.03. LOUIS HAYES QUINTET (USA)

Allein sein Name lässt die Herzen verwöhnter Jazzliebhaber höher schlagen. Mit Louis Hayes kommt kein geringerer als der gefragteste Schlagzeuger des Hardbop gleich persönlich in den Jazzclub Uster.

20.30 Uhr im JazzContainer

## 30.03. KINO – BANDITS

Katja von Garnier, D 1997, D 108'  
Vier zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Frauen tun sich im Knast zu einer Rock-Band zusammen...  
18.30 / 21 h im Kino Qtopia



## 06.04. PLAN 9 FROM OUTER SPACE

Ed Wood jr., USA 1956, E d 78'  
Kultfilm, der mit dem Prädikat "Schlechtester Film aller Zeiten" ausgezeichnet wurde: Gerüchte über fliegende Untertassen verunsichern die Bevölkerung von San Fernando Valley. Obwohl die US Army längst den Kampf gegen



die Ausserirdischen begonnen hat, leugnet die Regierung hartnäckig deren Existenz, um eine Panik zu vermeiden.

21 h im Kino Qtopia

## 06.04. KINO – ED WOOD

Tim Burton, USA 1994, E d/f 126'  
Mit seiner ganz in Schwarz-Weiß gedrehten Filmbiografie gelingt Tim Burton eine anrührende Hommage an eine der eigenwilligsten Figuren des Hollywoodkinos. In Bildern, die in



ihrer Machart denen Ed Woods mehr als ähneln, werden auf höchst unterhaltsame und detailverliebte Art die kleinen Macken des Regisseurs ebenso geschildert wie seine Freundschaft zum Altstar des Horrorfilms, Bela Lugosi. Für dessen Darstellung erhielt Martin Landau 1995 den Oscar für die beste Nebenrolle.

18.30 h im Kino Qtopia

## 06.04. Wahl-Wochenende

Kantonsrats- und Regierungsratswahlen  
Weitere Infos unter [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch)

## 10.04. KONZERT – SCHMILZ (CH)

Wenn ein Nebendarsteller-Instrument die Hauptrolle spielt. Im Mittelpunkt dieses Quartetts steht die Bassklarinetten, im Jazz wird sie oft nur als Zweitinstrument gespielt.

20.30 Uhr im JazzContainer

## 13.04. KINO – GADJO DILO

Tony Gatlif, F 1997, F d 100'



18.30 / 21 h im Kino Qtopia

Ein Gadjo Dilo, ein verrückter Fremder, ist der junge Franzose Stéphane in den Augen der Zigeuner. Er taucht plötzlich in deren kleinem Dorf im rumänischen Hinterland auf...

## 08.05. KONZERT – NBA (CH)

Not by accident (NBA) - das kann kein Zufall sein. Die beiden Musiker Andreas Müller (piano, keyboards) und Mario Caspar (drums, percussion) sind überzeugt, dass ihre Begegnung kein Zufall war ...

20.30 Uhr im JazzContainer

## 18.05. Abstimmungswochenende

Weitere Angaben folgen später unter [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch)

## 22.05. MARKUS HAUSER SEXTET

(CH/MEX/IT/GR)

So Schweizerisch der Name Markus Hauser auch tönt, er steht für eine musikalische Reise durch zwei Kulturen, den des argentinischen Tangos und den des mexikanischen Boleros.

20.30 Uhr im JazzContainer

ERNESTO W. VOEGELI

## FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat



Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

|         |                       |             |
|---------|-----------------------|-------------|
| Montag  | vormittag geschlossen | 14.00–18.30 |
| Di–Fr   | 9.00–12.30            | 14.00–18.30 |
| Samstag | 9.00 durchgehend bis  | 16.00       |

Inserat

con più sicurezza nelle S-Bahn. Un altro punto per me è la spartizione dei compiti tra cantone e comuni. Il cantone continua a scaricare i propri compiti ai comuni, cosa che conduce a delle grandi ingiustizie: Alcuni comuni ricchi si possono permettere alcune cose, per esempio un doposcuola organizzato o lezioni di informatica nelle scuole, mentre i paesi più poveri non ne hanno i mezzi.

*I partiti borghesi obietterebbero che non si può centralizzare tutto e che l'autonomia comunale è un aspetto fondamentale dello stato svizzero.*

Non fraintendiamoci: Io non sono per se contro l'autonomia comunale. Ma il nostro impegno dovrebbe portare all'affidamento dei compiti statali a chi li può risolvere in modo più efficiente. E a mia veduta alcuni compiti vengono risolti meglio a livello cantonale e regionale che non a livello comunale. Inoltre trovo che se si vuole veramente optare per l'autonomia comunale, allora ciò avvenga in maniera coerente: Perché per esempio i partiti di destra sono contrari che i comuni decidano indipendentemente sul diritto di voto per gli stranieri a livello comunale? Qui la simpatia per l'autonomia comunale si dissolve.

*Dicevi che erano tre i campi politici che ti interessano. Qual'è il terzo?*

Una politica finanziaria e delle imposte che sia leale. I politici di destra operano una politica delle casse vuote. Ciò deve cessare, perché la riduzione delle prestazioni sociali viene risentita soprattutto dalle classi medie e operaie, i ricchi possono «comprarsi» privatamente tutte le prestazioni che vogliono. Se vogliamo però prendere sul serio la pace sociale – uno dei fattori più importanti per un centro economico attraente – coloro che ne hanno i mezzi devono riprendersi le loro responsabilità verso lo Stato. Pagare le tasse fa parte di questa responsabilità. Inoltre dobbiamo prima sanare le finanze dello Stato e ridurre di prima i debiti e poi le tasse. È irresponsabile che la maggioranza dell'ala destra del consiglio cantonale decida la riduzione delle imposte mentre il cantone di Zurigo scrive cifre rosse.

*Ridurre il moltiplicatore delle imposte in tempi economici precari è un atteggiamento anticiclico preso anche dalla sinistra.*

Obiezione! Sono anch'io a favore dell'atteggiamento anticiclico, ma anche qui coerentemente: Il centrodestra non calcola che anticiclico vuol dire che quando stiamo meglio si dovrebbe rial-

zare il moltiplicatore delle imposte affinché lo Stato possa accumulare delle riserve. Così che se segue un periodo di recessione le imposte possano venire nuovamente ridotte per aiutare gli imprenditori. Invece il centrodestra durante i periodi di alta congiuntura pretende delle ulteriori diminuzioni delle imposte, visto che lo Stato sta bene. Durante lo scoso periodo legislativo, durante l'alta congiuntura, il cantone di Zurigo ha già ridotto le imposte del 10% (eliminando in parte le imposte sull'eredità, diminuendo il moltiplicatore delle imposte, con la revisione della legge sulle imposte). La riduzione del moltiplicatore delle imposte non è un perpetuum mobile. Non si può solo ridurre. Fa anche parte dell'atteggiamento anticiclico aumentare le investimenti durante la recessione. Ma proprio questo il cantone non lo può fare perché non ha potuto in passato (a causa della riduzione delle imposte) mettere da parte i mezzi necessari e perché le divergenze tra il centrodestra hanno impedito l'accettazione di un budget. L'unico campo in cui oggi il cantone può risparmiare è appunto sulle investimenti. Non dimentichiamo inoltre che al confronto con gli altri cantoni quello di Zurigo in quanto a imposte è al quarto posto. Per quel che riguarda le tasse non è assolutamente il più esigente. C'è anche da considerare che se ci riferiamo ai fattori che comportano l'attrazione del cantone come centro commerciale, il moltiplicatore delle imposte alto o basso ne costituisce solo uno dei tanti. Un'inchiesta della ZKB (Zürcher Kantonalbank) ha messo in evidenza che per le imprese l'accesso a personale qualificato, la mobilità, la prontezza a ottenere i permessi necessari, le buone possibilità di istruzione, ma anche l'accesso a spazi di ricreazione nell'ambiente circostante sono fattori più importanti che un moltiplicatore basso. Ma come facciamo a occuparci di queste qualità se mancano i soldi?

**Stefan Feldmann** ha 32 anni. È giornalista BR e lavora come dirigente della frazione cantonale. Sta per ottenere il Diploma federale di consulente delle pubbliche relazioni. Dal 1997 è membro del consiglio comunale, dal 2000 presidente della frazione del PS. Nel 2000/2001 è stato presidente del parlamento di Uster.

Il suo tempo libero lo trascorre o praticando dello sport – sugli Inlineskate o sulla bici da corsa – oppure oziando con un buon libro nella sua amaca.

Finirà che il feticismo del moltiplicatore basso rovinerà Zurigo come centro commerciale invece di aumentarne l'attrazione.

*Mi stupisce che tu non nomini tra i tuoi campi di interesse la politica rivolta ai giovani. Mentre nel consiglio comunale, proponendo diverse iniziative, hai sempre combattuto per questo tema.*

Bè, anch'io invecchio (ride). No, seriamente: Essere giovani non è un programma politico. Tra me e un giovane rappresentante del SVP ci sono probabilmente poche cose in comune. Però è certo che mi disturba il fatto che tutt'oggi i problemi dei giovani da molti politici non vengano presi abbastanza in considerazione. Peccato pure che in politica la gioventù non sia ben rappresentata. Oggi nel consiglio cantonale solo 5 membri su 180 sono al di sotto dei 35 anni. In questo senso è chiaro che mi impegnerò per una società favorevole ai giovani, che lo Stato per gli appalti privilegi le ditte che offrono posti di apprendistato e che rispetti i bisogni dei giovani e delle giovani famiglie.

## IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 16 000

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.–

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza,

Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

## Quando i «Vù cumprà» eravamo noi

Un libro per non dimenticare il tempo delle emigrazioni

Per gentile concessione dell'«Avvenire dei lavoratori», periodico socialista di politica, economia e cultura pubblichiamo la seguente recensione di Karen Basile del libro «L'orda - quando gli albanesi eravamo noi» (Ediz. Rizzoli) di Gian Antonio Stella, inviato del Corriere della sera.

di Karen Basile

«Vu' cumpra'»? Magari. Macaroni, eravamo. E dagoes, tchingge, napolitaner. O più semplicemente mafia-mann. Così ci chiamavano «gli altri», quando ad emigrare eravamo noi. Quando a milioni sbarcavamo dai piroscafi, zozzi e sfigurati dalla povertà e dal mal di mare, invadendo le città dei Continenti più giovani. Quando i treni di terza classe ci sbattevano a migliaia sulle banchine delle stazioni dell'Europa del nord. O pagavamo i passeurs per valicare da clandestini le Alpi. Quando vendevamo le nostre donne nei più lugubri bordelli di mezzo mondo ed i nostri bambini negli inferni delle vetrerie francesi. Quando i nostri avviliti tratti somatici erano letti, dai criminologi americani, alla stregua di umilianti parametri lombrosiani. Quando esportavamo mafia e seminavamo bombe in giro per il mondo. Quando in dieci ci stipavamo come polli nella stia di una stanza leccia di New York. E nascondevamo i nostri bambini agli occhi dei cittadini di Berna o Losanna, perchè i ricongiungimenti familiari erano vietati dalle leggi elvetiche. Quando venivamo derisi ed emarginati perchè cattolici ed eravamo tanto ignoranti da storpiare i nostri stessi cognomi.

È Gian Antonio Stella, inviato del Corriere della Sera, a rinfrescarci la memoria con queste storie terribili, ed altre ancora. Lo fa con «L'orda - Quando gli albanesi eravamo noi» (Ed. Rizzoli), presentato giovedì in una libreria della città. Pagine che colpiscono come un pugno nello stomaco e che ci scaraventano giù da quel piedistallo, tanto comodo, su cui ci credevamo saldamente piazzati. Noi, dalla memoria così esile e malata, che oggi guardiamo con fastidio i bengalesi lavavetri ai semafori. Noi che ci chiediamo, da ipocriti, perchè tutta questa massa cenciosa e nera non faccia ritorno a casa.

È un promemoria civile e doveroso, questo di Stella, verso tutte le miserie e le povertà del mondo. Quelle di ieri, che furono le nostre, e quelle di oggi, di cui siamo - non sempre indirettamente - responsabili. Una scrollatina alle nostre poche, confuse certezze. Tanto più importante in questo momento, in cui si sragiona di «guerra per difendere la pace» o di «anti-islamismo elementare necessario».

## Presenza e iniziativa de l'Ulivo

# tra gli Italiani all'Estero

Dallo stesso periodico pubblichiamo il seguente articolo che dà un resoconto dell'incontro su «Presenza e iniziativa de l'Ulivo tra gli Italiani all'Estero».

Giovedì 12 dicembre, presso il Centro Congressi Cavour a Roma, si è tenuto un incontro su «Presenza e iniziativa de l'Ulivo tra gli Italiani all'Estero». Sono intervenuti il Segretario dei DS Piero Fassino e l'On. Dario Franceschini della Margherita, il Sen. Franco Danielli e l'On. Gianni Pittella, responsabili per gli Italiani all'Estero della Margherita e dei DS e i Sen. Luigi Marino e Giovanni Crema, in rappresentanza di tutte le forze che compongono l'Ulivo. Erano presenti anche una delegazione de l'Italia dei Valori e dirigenti di associazioni sindacali e di patronato, con l'obiettivo di costruire insieme una coalizione aperta e capace di dare grande attenzione ai protagonisti sociali, culturali e imprenditoriali della vita e delle comunità d'origine italiana. Hanno inoltre arricchito e valorizzato il dibattito, gli interventi di numerosi componenti del CGIE (Consiglio Generale degli Italiani all'Estero).

Molto proficuo alla discussione è stato l'apporto di Franco Narducci, Segretario generale del CGIE, quello di Elio Carozza, Segretario dell'Unione dei DS in Europa, di Andrea Amaro, dell'ufficio esteri della CGIL, oltre che quello di altri consiglieri del CGIE, come Silvana Mangione di New York, Gino Bucchino del Canada e Gianni Farina della Francia.

I lavori sono stati aperti dall'on. Franco Danielli, che ha moderato gli interventi e sottolineato come alle parole del Ministro per gli Italiani nel Mondo non seguano azioni concrete, riferendosi soprattutto alla questione dell'integrazione delle pensioni minime all'estero.

### Diritti di Cittadinanza che valgano per tutto il popolo dei migranti

L'On. Gianni Pittella, ha posto l'accento sulle capacità de l'Ulivo di produrre un messaggio forte e unificante che parta dalla lettura dei cambiamenti avvenuti e che collochi dentro il nuovo contesto una politica credibile per i diritti di cittadinanza, che valga sia per i nostri connazionali che per tutto il popolo dei migranti, ribadendo come la sfida dell'italia-

nità e degli italiani all'estero stia nel futuro e non nel passato. Per questi motivi, l'Ulivo dovrà essere il motore dell'integrazione e il cemento del mondo multiculturale.

### Una storia di centrosinistra

Franco Narducci ha ribadito con forza come la storia degli italiani all'estero non sia affatto una storia di destra, come altri vorrebbero far credere, ma sia una storia di centrosinistra, fatta da associazionismo, sindacati, patronati, associazioni di volontariato ecc.. Cosa che - secondo Narducci - trova conferma nel fatto che la maggioranza all'interno del CGIE sia una maggioranza di centrosinistra.

### «L'Ulivo all'estero deve diventare un laboratorio stabile»

L'On. Piero Fassino, ha denunciato l'assoluta mancanza, da parte della maggioranza e del Governo, di un progetto per gli italiani all'estero e per l'emigrazione, evidenziando come la stessa nomina a Ministro per gli Italiani nel Mondo di Mirko Tremaglia (figura sicuramente rappresentativa e di spicco in questo campo), rappresenti un'operazione di facciata per coprire un grande vuoto politico e progettuale. Ha quindi sostenuto la necessità di far emergere questa contraddizione e questa carenza, accompagnandola all'esigenza di far diventare l'Ulivo all'estero un laboratorio stabile e non la semplice somma dei partiti che dura l'arco di una campagna elettorale, evitando in ogni modo di esportare i difetti della politica italiana quali la frammentazione, in ambienti da sempre abituati a confronti bipolari.

L'On. Franceschini si è detto d'accordo con Fassino, sottolineando come all'estero si possa fare un passaggio in più sulla strutturazione de l'Ulivo rispetto a quanto avviene in Italia, aggiungendo che occorrerà andare più spesso all'estero indossando sempre la giacca de l'Ulivo anziché quella dei partiti.

### Circoli dell'Ulivo all'estero

L'incontro si è concluso, tra le altre cose, con l'impegno di organizzare una giornata in cui, tutti i leader e i parlamentari de l'Ulivo che lo vorranno, andranno contemporaneamente in un luogo del mondo per presenziare alla costituzione dei circoli de l'Ulivo all'estero.

Elezioni del consiglio cantonale (Kantonsrat) 2003.

# «Voglio combattere la politica borghese delle casse vuote.»

**Intervista a Stefan Feldmann, candidato per il consiglio cantonale del PS di Uster. Il 6 aprile 2003 avranno luogo le elezioni del consiglio cantonale. Per il PS della regione di Uster si tratterà di riconquistare il quarto seggio perso per pochi voti quattro anni fa. Per questo quarto posto sulla lista i delegati del partito regionale hanno nominato Stefan Feldmann, il presidente della frazione comunale di Uster. Forum lo ha incontrato**

**per discutere con lui dei suoi motivi e dei suoi obiettivi riguardanti la politica cantonale.**

*Forum: Stefan Feldmann. La tua candidatura per il consiglio cantonale ha un posto in lista molto prominente. Ti annoi nel consiglio comunale o perché vuoi passare da questo a quello cantonale?*

Stefan Feldmann: No, no, mi trovo benissimo nel consiglio comunale. Certo, dopo sei anni suben-

tra una certa routine, ma il lavoro è tuttora spronante. Soprattutto nella mia funzione di presidente della frazione. Il compito di formare un gruppo e di sviluppare delle idee con questo gruppo è un lavoro molto appassionante e non certo già compiuto. Per questo vorrei continuare a seguire questo gruppo, anche perché sono il più anziano a livello di funzione. Però è anche chiaro che a lungo andare il doppio impegno non è consigliabile. Inoltre abbiamo molte persone valide nel PS che aspettano di avere la loro chance.

*Se il lavoro è tuttora appassionante, perché allora la candidatura per il consiglio cantonale?*

Da quattro anni sono amministratore della frazione parlamentare del PS. In questa funzione seguo la politica cantonale da vicino. Conosco a fondo i dossier attuali e conosco i meccanismi propri a questa politica. Tutto ciò ha risvegliato in me l'«appetito» di impegnarmi nella politica cantonale. Inoltre ne risulterebbero delle buone sinergie per il mio lavoro di amministratore della frazione.

*Per esempio?*

Una parte importante del mio lavoro è il contatto con i mass media. Il lunedì mattina durante la seduta del consiglio cantonale, si riuniscono praticamente tutti i giornalisti addetti alla politica nazionale. Adesso al Rathaus ci vado solo se sull'ordine del giorno si trattano temi veramente importanti, come per esempio il budget. Ma il contatto con i giornalisti è importante anche quando non si trattano affari specifici. Questo lavoro verrebbe agevolato, se io come consigliere cantonale mi trovassi in ogni modo lì presente il lunedì mattina.

*Per cosa ti vuoi adoperare nel consiglio cantonale?*

Mi interessa soprattutto a tre campi. Per primo la politica dei trasporti. Per il momento hanno di nuovo il vento in poppa gli euforici della costruzione delle strade che continuano a pretendere sempre più strade e sempre più larghe: una galleria sotto il lago, una sotto la città, una circonvallazione al nord di Zurigo, una al sud di Winterthur, un'autostrada a quattro corsie attraverso l'Aathal e così via. Questa politica segue una direzione sbagliata, perché in questo modo non verremo mai a capo al continuo aumento della mobilità. Ciò sarà possibile solo aumentando e incrementando i trasporti pubblici con degli orari più fitti, delle coincidenze più attraenti e anche



# FORUM

Periodico di  
politica, lavoro e cultura  
della Colonia Libera  
Italiana

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

No. 215 Aprile 2003



P.P. Uster

## I nostri assi